



TITEL/AFD

Der „Fall“ Ida Ehre

Das Geschehen an der Ida Ehre Schule zeigt beispielhaft, was die Strategie der AfD anrichten kann, aber auch die Möglichkeiten einer Gegenwehr

Seit ihrem Einzug in die Bürgerschaft vor vier Jahren sieht die AfD die Grundsätze politischer Bildung an Schulen gefährdet und wittert stattdessen „politische Indoktrinationen“, also die einseitige Beeinflussung der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrkräfte. Vor einem halben Jahr löste die AfD über ein Online-Portal unter dem Titel „Neutrale Schule Hamburg“, das Schüler_innen dazu aufruft, politisch engagierte bzw. AfD-kritische Lehrkräfte anonym der Partei zu melden, Empörung, aber auch Verunsicherung bei den Lehrkräften in Hamburg aus. Große „Enthüllungen“ gab es seitdem nicht. Während der letzten vier Jahre hat die AfD eine hohe zweistellige Zahl von Anfragen zu diesem Thema in der Bürgerschaft gestellt. Die vorgebrachten Vorwürfe wurden in überwältigender Anzahl von der Schulbehörde zurückgewiesen – bisher...

In einer Anfrage vom 1.3.2019

kritisiert die AfD Aktivitäten an der Ida Ehre Schule und fragt unter dem Titel „Verfassungsfeind-

liche linksextremistische Aktivitäten an der Ida Ehre Schule unter Duldung des Lehrerkollegiums

DGB-Gewerkschaften solidarisch mit Ida Ehre Schule

Hamburgs DGB-Gewerkschaften erklären sich solidarisch mit Schüler_innen, Lehrer_innen und Schulleitung der Ida Ehre Schule und schließen sich einer Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an.

Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger: „Nicht Antifaschismus ist das Problem, sondern Faschismus. In Anbetracht der deutschen Geschichte ist es unfassbar, dass Menschen mit einer antifaschistischen Haltung sich in dem Ausmaß rechtfertigen müssen, weil eine rechtspopulistische Partei Druck aufbaut. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter reihen wir uns ein bei den vielen, die sich jetzt hinter die Akteure an der Ida Ehre Schule stellen. Eine antifaschistische Haltung gehört zu unserer DNA, die wir tagtäglich in den Betrieben und auf der Straße leben. Alle Beteiligten Institutionen, die die Diskussion um die Ida Ehre Schule losgetreten haben, sollten sich kritisch hinterfragen. Antifaschismus in eine linksextremistische Krawallecke zu stellen ist genau das, was die AfD will. Dabei darf man ihr nicht helfen. Das Meldeportal der Partei lehnen wir nach wie vor ab, denn wir wollen keine Stadt der Denunzianten.“



DGB-BEZIRK NORD
DGB HAMBURG

Pressemitteilung des DGB vom 22.03.2019

und der Schulleitung“, ob diese zulässig seien (DS 21/16417). In der Antwort, die bereits eine Woche später, am 8.3., vorliegt, stellt die Schulbehörde fest, dass es Schülerinnen und Schülern einerseits frei stehe, ihre politischen Ansichten auch im Unterricht zu formulieren, dass jedoch politische Werbung an Schulen nicht zulässig sei. Daher habe die Behörde eine Begehung des Schulgebäudes vorgenommen und einige monierte Aufkleber entfernt. Zugleich kündigte die Behörde an, das betroffene Kollegium aufzufordern, sich hiermit zu befassen.

Dieser Vorgang spielte sich in den Schulferien ab, so dass die betroffenen Kolleginnen und Kollegen wie auch die Schülerinnen und Schüler überwiegend erst verspätet davon Kenntnis erlangen konnten. Eine Befassung des Kollegiums vor der Beantwortung der Anfrage hielt die Behörde nicht für nötig.

Die AfD nahm diese durchaus überraschende Antwort der Behörde gerne auf und erklärte kurz nach Schulbeginn am 19.3., dass sie ein „linksextremistisches Netzwerk an Stadtteilschulen“ aufgedeckt hätte.

**„Antifaschismus = Gewalt“?
– Rechtspopulistische
Positionen werden
gesellschaftsfähig**

Mit ihren Anfragen seit 2015 hatte es die AfD schwer, in die Presse zu kommen, was sich aus einer berechtigten Zurückhaltung der Medien bei diesem Thema erklärt. Denn es war und ist offensichtlich, dass die AfD ein falsches Verständnis von politischer Bildung an Schule vertritt und es ihr darum geht, ihre rechtspopulistischen Ansichten bekannter zu machen. Dies änderte sich mit dem Portal, doch auch hier war die Berichterstattung in den konservativ-bürgerlichen Medien eher distanziert kritisch. In diesem Fall und begünstigt durch das Vorgehen

**Sonntag, 14. April, 11 Uhr
Hachmannplatz**

Gemeinsam solidarisch in Hamburg rechter Hetze entgegenzutreten!

Die GEW unterstützt die Demo des 'Bündnis gegen rechts' am 14.4 und hält einen Redebeitrag zu den rechtspopulistischen Angriffen der AfD auf die politische Bildung an Schulen. Der Aufruf lautet:



der Schulbehörde titelte nun das Abendblatt am 19.3.: „Linksextremisten agieren ungestört an Schule“, bezeichnete die Schülerinnen und Schüler als gewaltverherrlichend und die Lehr-

kräfte als entweder ahnungslos, naiv oder sie hielten „Extremismus für eine gute Sache“. Damit übernahm das Abendblatt die Rhetorik der AfD, ohne zu hinterfragen, ob die schweren Vorwürfe berechtigt sind und – wie sich hinterher herausstellte – ohne mit den Betroffenen zu reden. Einige Tage lang (be) herrschte diese Diktion nicht nur die konservativ-bürgerliche Presse und schlug auf die Schule, die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler ein. Die Schulbehörde schwieg.

**„Antifaschismus ist legitim auch an Schule!“ –
Solidaritätswelle für die
Ida Ehre Schule**

Wenige Tage später, am 21.3., veröffentlichte die Schulleitung der Ida Ehre Schule eine bemerkenswerte Stellungnahme. In dieser gibt sie eine Chronologie der Ereignisse wieder, die eine durchaus andere Bewertung zulässt als die bisher vorherrschende. Zugleich geht sie auf die Anschuldigungen ein. Die monierte

Bock zum Gärtner

Ausgerechnet den Gründer des Lehrer_innendenzianen-Portals, den AfD-Fraktionschef Alexander Wolf, vermittelte die Schulbehörde als „Experte“ zum Thema „Extremismus und dessen Prävention“, an das Helene-Lange-Gymnasium. Wolf hat in den 90er Jahren das Nazi-Liederbuch „Der Schlachtruf“ herausgegeben, mit Texten der Hitlerjugend. Er war auch Mitglied der Münchner Burschenschaft „Danubia“, die noch bis 2016 vom Verfassungsschutz beobachtet wurde. Selbst in der AfD Hamburg gilt er als so rechts, dass man statt Wolf Ende 2017 lieber Dirk Nockemann zum Vorsitzenden wählte.

Zunächst war unklar, wer an das Helene-Lange-Gymnasium eingeladen hat. Jetzt steht fest: Anders als zunächst von Behördensprecher Peter Albrecht behauptet, kam die Idee, den Rechtspopulisten einzuladen, nicht von den Zehntklässlern selbst. Tatsächlich trat die Schulbehörde mit dem Vorschlag an das Gymnasium heran. Sprachregelung der BSB jetzt: „Bedauerliches Missverständnis“.

Daraufhin forderte die Linkspartei in der Bürgerschaft den Rücktritt des Schulsenators: Rabe habe sich "übereifrig zum Erfüllungsgelhilfen der rechtsextremen AfD gemacht", so die Fraktionschefin Sabine Boeddinghaus. Der Senator schwieg, aber laut BILD sieht Rabe das Problem so: „Wie sollen Schüler lernen, mit Rechtsextremen zu diskutieren, wenn sie nicht mit ihren politischen Vertretern sprechen dürfen? Als in den Parlamenten vertretene Partei dürfe die AfD von solchen Veranstaltungen nicht ausgeschlossen werden.“



Die politischen Aufkleber und Plakate im Treppenhaus, Eingangsbereich, auf Tischen und in zwei Klassenräumen seien „ein eindeutiger Verstoß gegen die Neutralitätspflicht“ der Schule, sagte der sozialdemokratische Schulsenator Ties Rabe am 30.3. dem Abendblatt. Es gab bei den Sozialdemokraten einmal einen anderen Ansatz, wie der Zeitungsausschnitt dokumentiert

„Pinnwand“ war im Rahmen eines Projektvorhabens „Kunst als kulturelle Kompetenz“ entstanden und in einem geschützten Raum montiert gewesen, das angebliche Foto mit „politischer Werbung für eine gewaltverherrlichende Gruppe“ war im Rahmen eines von der Stadt ausgeschriebenen Wettbewerbs entstanden. In Richtung der Medien kritisiert die Schulleitung, dass diese fahrlässig die Diktion der AfD übernommen hätten, wo doch eine faktenbasierte Darstellung angezeigt gewesen wäre. Denn wer sich mit der Ida Ehre Schule beschäftige, werde schnell feststellen, dass diese für ihr gesellschaftspolitisches Engagement und ihre aktive Schüler- und Schülerinnenschaft nicht nur bekannt, sondern auch mehrfach ausgezeichnet wurde. Völlig zu Recht verweist sich

die Schulleitung daher dagegen, „dass im aktuellen Diskurs eine Verschiebung in die Richtung

stattfindet, dass Antifaschismus an Schulen nicht gewünscht sei oder der freiheitlichen, demo-



Quelle: hz

Ausschnitte aus der umfangreichen Darstellung des Sachverhalts aus Sicht der Schulleitung vom 23.03.2019

(...) Die in der SKA (*Schriftliche Kleine Anfrage, die Red.*) monierte Aufklebersammlung auf einer Pinnwand entstand im Rahmen eines Projektvorhabens des Oberstufenprofils „Sich Einmischen – Kunst als kulturelle Kompetenz“. Die Klasse hat gemeinsam beschlossen, eine Fläche im Klassenraum für Schüler*innen-Interessen einzurichten. Die Klassenlehrkraft hat darauf bestanden, dass ausschließlich die Korkwand dazu genutzt werden darf. Voraussetzung war, dass niemand gegen einen Aushang von Aufklebern, Bildern oder Texten war. Sexistische oder anderswertige diffamierende Bilder oder Texte waren untersagt. Kontroverse Texte oder Bilder, oder auch politische Statements, die nicht Teil einer inhaltlichen Auseinandersetzung werden sollten, sollten auf Wunsch – auch einzelner Schüler*innen – abgehängt werden. Dieses Vorhaben begann Anfang Januar. Im Rahmen der folgenden Bilanz-Ziel-Gespräche (davon die Hälfte mit Eltern), die auch in dem Klassenraum stattfanden, hat die Klassenlehrkraft die „Wand“ thematisiert. Die Unterrichtsplanung sah vor, nach den Frühjahrsferien im Rahmen des Themas „Europawahl – um welche Inhalte geht es eigentlich?“ auch die Inhalte der „Wand“ recherchieren zu lassen und zur Diskussion zu stellen. Die angedachte Vielfalt und Unterschiedlichkeit erwarteter Aushänge ist nur in geringem Maße sichtbar geworden und wäre somit auch Teil der Betrachtung im Unterricht gewesen. Aus Sicht der Schulleitung ist der Lehrkraft nichts vorzuwerfen. (...)

Einige Schüler*innen nahmen auf Eigeninitiative am Wettbewerb „protest.sucht-motiv.

de“2 teil, der u.a. von der Stadt Hamburg ausgeschrieben worden ist. Im Rahmen dieser Teilnahme baten die erwachsenen Schüler*innen darum, einen Klassenraum in der Pause für 2https://protest.sucht-motiv.de (...) eine Fotoaktion nutzen zu dürfen. Das so erstellte Handyfoto wurde in Ausschnitten Lehrkräften zur Ansicht gegeben und sollte so auch beim Wettbewerb eingereicht werden. (...)

Von Seiten der Schulleitung zeigen wir uns entsetzt über den Umgang von Teilen der Presse mit den erhobenen Vorwürfen. Aus der o.g. Chronologie wird deutlich, dass eine fundierte Stellungnahme seitens der Schule, auch aufgrund der zurückliegenden Ferien, nur nach einer gewissen Zeit erfolgen kann. Dennoch wurde von Teilen der Presselandschaft die Sichtweise der AFD-Fraktion bzw. die Wortwahl aus deren SKA über-

nommen, ohne dass die betroffene Schule die Zeit hatte, faktenbasiert zu antworten. (...)

Unsere Schüler*innen (wurden) in der Presse kriminalisiert und unsere Kolleg*innen entweder als naiv oder linksextrem bezeichnet. Wir verwahren uns gegen derartige Darstellungen und halten fest, dass wir als Schulleitung stolz sind, Teil einer politischen, antifaschistischen Schulgemeinschaft zu sein, die alles daran setzt, im Rahmen einer „Schule ohne Diskriminierung“ dazu beizutragen, Schüler*innen zu befähigen, die Geschehnisse der Welt als mündige Bürger*innen im Rahmen einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung zu einem Besseren zu entwickeln.

Die gesamte Stellungnahme findet sich unter: https://www.idaehreschule.de/wp-content/uploads/Stellungnahme_der_Schulleitung_IES.pdf



kratischen Grundordnung widerspreche. Im Gegenteil, ohne einen konsequenten Antifaschismus ist dies nicht möglich.“ Die Erklärung schließt mit der Bekräftigung der Schulleitung, weiterhin „dazu beizutragen, Schüler*innen zu befähigen, die Geschehnisse der Welt als mündige Bürger*innen im Rahmen einer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung zu einem Besse-

ren zu entwickeln.“

Eine höchst erfreuliche Welle der Solidarisierung begann bereits kurz nach Bekanntwerden der Vorwürfe. Als GEW stellten wir unter dem Titel „Antifaschismus ist ein legitimes Aktivitätsfeld auch an Schule und darf nicht verkürzt als linksextrem denunziert werden“ fest, dass antifaschistisches Engagement an Schulen gemäß Bildungs-

auftrag legitim und zulässig ist und von der GEW ausdrücklich begrüßt wird. „Eine verkürzte Gleichsetzung von antifaschistischem Engagement mit Linksextremismus lehnen wir als undifferenziert ab.“ Auch der DGB erklärte sich solidarisch mit der Ida Ehre Schule und betonte, dass nicht Antifaschismus das Problem sei, sondern der Faschismus. In einer bemerkenswerten Pres-



3000 meist junge Leute solidarisierten sich am 24. März auf einer Demo in der Innenstadt

semitteilung der Grünen Hamburg heißt es: „Aus Aufklebern an der Schule abzuleiten, hier dürfe ungestört extremistisches Gedankengut verbreitet werden, ist absurd und völlig überzogen. Im Gegenteil, durch die aktuelle Empörungswelle laufen wir Gefahr, uns von irgendeiner rechten Partei den Diskurs diktieren zu lassen und ihr Denunziationsportal gesellschaftsfähig zu machen.“ Besonders erfreulich waren und sind die vielfältigen Solidaritätsaktivitäten von anderen Schulen, Kollegien, Schülerinnen und Schülern, Eltern und verschiedenen antifaschistischen Gruppen. Wenige Tage nach Bekanntwerden des Vorfalls fand eine mit 3000 Teilnehmenden

gut besuchte Solidaritätsdemo statt. Das Abendblatt, offenbar erstaunt über diese Wendung, änderte im Nachhinein die Überschrift ihres reißerischen Artikels.

Am 27.3. fand eine aktuelle Stunde zum Thema in der Hamburgischen Bürgerschaft statt, bei der sich die Parteien intensiv mit dem „Fall“ Ida Ehre beschäftigten. Und der Senator – schwieg...

**„Und die Lehre ist...“
– Aufklärung und Aktion,
Solidarität und Bündnisarbeit**

Am „Fall“ Ida Ehre zeigt sich, dass die Versuche der AfD, rechtspopulistisches Gedankengut gesellschaftsfähig

zu machen, durchaus greifen, wenn auch wie im konkreten Fall erfreulicherweise nur für einige Tage. Hoch erfreulich ist die Reaktion, Solidarität und die differenzierte und sachliche Auseinandersetzung, die nun weitergeführt werden muss.

Noch immer schweigt die Schulbehörde, trotz weiter bestehender schwerster Vorwürfe von Seite der AfD gegenüber Lehrkräften und Schüler*innen. Warum sich die Behörde weigert, sich als Dienstherr vor die Lehrkräfte zu stellen und zugleich unwidersprochen zulässt, dass die ihr zum Schutz Befohlenen als kriminell bezeichnen werden, ist weiter offen und unerträglich.

Als GEW begrüßen wir die

GEST

Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg

Basierend auf vorgeblichen Informationen des sogenannten Meldeportals der hamburgischen AfD und auch ausgehend von einer Schriftlichen Kleinen Anfrage wird das gesellschaftliche Engagement der Schulgemeinschaft der Ida Ehre Schule und der Hamburger Schulen fortgesetzt angegriffen. Es ist aber genau diesem vorbildlichen Engagement zu verdanken, dass Schülerinnen und Schüler sich selbstbestimmt auseinandersetzen. (...) Die Schulaufsicht der Hamburger Schulbehörde hat den Vorwürfen voreilig Folge geleistet, ohne diese in einem abwägenden Austausch mit der Schulgemeinschaft der Ida Ehre Schule zu prüfen. Das verstößt gegen das Neutralitätsgebot. Die in der vergangenen Woche erfolgte rechtsextremistisch motivierte Bombendrohung zeigt auf, dass eine öffentlich ausgesprochene Stellungnahme seitens der Behörde zu den Vorgängen notwendig ist.

Ausschnitte aus der Pressemitteilung der GEST vom 30. März 2019, die die Elternräte aller 58 Hamburger Stadtteilschulen vertritt

Des Pudels (neutraler) Kern

"Es gab einen Verstoß gegen die Neutralitätspflicht," betonte der Senator gegenüber dem "Abendblatt": Demnach habe der Schulrat "an zahlreichen Stellen politische Plakate und Aufkleber" gefunden, "ohne dass ein Bezug zum Unterricht erkennbar war". Der Senator weiter: "Wenn die Schulbehörde eindeutige Verstöße gegen die Neutralitätspflicht ignorieren würde, könnten wir beim nächsten Mal auch keine radikal-islamischen Sticker oder Nazi-Sticker entfernen. Neutral heißt neutral und nicht halblinks-neutral oder halbrechts-neutral." (zitiert aus WELT vom 30.3.)

In der Sendung Schalthoff-live am 2. April übte sich der Senator in Sachen Ida-Ehre in Schadensbegrenzung. Politisch provokante Aufkleber hätten „sehr, sehr lange geklebt. Die Schule wollte sie ohnehin abpulen. Das hat die Schulbehörde dann in den Ferien anlässlich dieser Anfrage des Parlaments auch getan.“ so Rabe in der Live-Sendung.

Zum „Abpulen“ und zur Neutralität an sich heißt es in einem Kommentar von Katrin Seddig in der TAZ vom 2.4.2019: „Ein Hakenkreuz ist nicht so etwas Ähnliches wie ein Antifa-Zeichen. So wenig wie Adolf Hitler so etwas Ähnliches ist wie Rosa Luxemburg.“

wie Kampnagel am 17.4. zum Thema Rassismus an Schulen. Wir unterstützen die regelmäßigen Demos gegen rechte Hetze in Hamburg vom Hamburger Bündnis gegen Rechts. Wir planen mit Bündnispartner_innen im Herbst einen Kongress zum Thema Rechtspopulismus, um über die Gefahren durch die AfD aufmerksam zu machen. Wir müssen dafür sorgen, dass solch rechtspopulistisches Gedanken-gut, wie es sich im „Fall“ Ida Ehre zeigt, nicht gesellschaftsfähig wird.

FREDRIK DEHNERDT
stellv. Vorsitzende der GEW

Unter www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/GEW-zur-bildungspolitik-der-afd-hamburg finden sich Artikel, Meldungen und Pressemitteilungen der GEW Hamburg zum Thema AfD-Meldeportal/Rechtspopulismus. Hier findet sich auch dieser Beitrag findet mit zahlreichen Verweisen (Fußnoten), die wir der besseren Lesbarkeit halber wie üblich an dieser Stelle weggelassen haben.

vielfältigen Soli-Aktivitäten für die Ida Ehre, das darüber hinaus gehende antifaschistische Engagement von Lehrkräften und Schüler_innen, Veranstaltungen wie z.B. die an der Max Brauer Schule zu Rechtspopulismus und die mittlerweile gut 15 Offenen Briefe von Schulen, die sich kritisch zu den Versuchen der AfD äußern, Einfluss auf Unterricht zu nehmen. Als GEW bieten wir

allen von AfD-Aktivitäten betroffenen Mitgliedern politische und juristische Unterstützung an. Wir arbeiten politisch dazu in unserer GEW-AG gegen Rechts und freuen uns über Aktive. Wir tauschen uns mit anderen gesellschaftlichen Bereichen aus, z.B. beim Kongress des AstA der Uni Hamburg zu „Perspektiven gegen Rechts“ am 12.4. oder auch mit Kultureinrichtungen



Quelle: Homepage Ida-Ehre-STIS